

Ilko-Sascha Kowalczuk

Die ÜBERNAHME

C·H·Beck

WIE
OSTDEUTSCHLAND
TEIL DER
BUNDESREPUBLIK
WURDE

der Einheitsliste zugestimmt hätten. Erstmals konnten Oppositionsgruppen nachweisen, was ohnehin jeder wusste: Die Ergebnisse waren systematisch gefälscht worden. Realistisch scheint die Hochrechnung, dass von rund zwölf Millionen Wahlberechtigten etwa eine Million Menschen gar nicht wählte und eine weitere Million eine Gegenstimme abgab. Die Empörung über die plumpe Fälschung reichte bis weit in die SED-Reihen hinein und trug wesentlich dazu bei, dass auch innerhalb systemnaher Kreise die Zweifel an der SED-Politik wuchsen. Man kann das freilich auch umdrehen: Von den zwölf Millionen Wahlberechtigten haben etwa zehn Millionen immer noch die Wahlfarce unterstützt, also 83 bis 84 Prozent. Eine satte Mehrheit, die allein der SED-Führung nicht genug war.

Die verbreitete Empörung wuchs sich noch aus, als die DDR-Regierung, die SED-Führung und die Volkskammer als eine der wenigen weltweit die brutale militärische Niederschlagung der chinesischen Oppositionsbewegung Anfang Juni 1989 lautstark begrüßten. Die Menschen in der DDR verstanden die Botschaft: Auch ihnen könnte bei Massenprotesten und einem Aufstand die Niederschlagung mit Panzern und scharfer Munition drohen. Fortan war die Angst vor der «chinesischen Lösung» präsent.

Im Sommer verschärfte sich die lange angestaute Krise durch drei Faktoren. Die SED-Führung schien sich in den Urlaub verabschiedet zu haben. Bis Oktober waren keine neuen Töne vernehmbar. Zudem verabschiedeten sich Zehntausende Menschen für immer: Sie flüchteten über Ungarn und bundesdeutsche Botschaften in die Freiheit. Die kleine Opposition wiederum suchte nach neuen Handlungsformen. In rascher Folge kamen Gründungsaufrufe für die Sozialdemokratische Partei in der DDR, das Neue Forum, Demokratie Jetzt, den Demokratischen Aufbruch, die Vereinigte Linke und andere heraus. In der Öffentlichkeit sichtbar wurden diese ab Anfang September. Bislang hatten sich viele Menschen bloß gefragt, ob sie sich dem Flüchtlingsstrom anschließen sollten. Nun gab es eine neue Alternative, die nicht mehr nur Hierbleiben oder Weggehen, sondern nun auch Einmischen oder weiter Schweigen hieß. Und natürlich auch: weiterhin das Regime zu unterstützen. Die meisten verhielten sich, wie bei jeder Revolution, passiv, warteten ab, hofften im Stillen. Revolutionen sind immer Kämpfe von Minderheiten um die Mehrheit.

Die Opposition erschien mit ihren verschiedenen Aufrufen eigentümlich zersplittert. Aber im September erwies sich dies als ein kaum zu überschätzender Vorteil. Gerade weil die meisten Oppositionellen bis auf wenige Ausnahmen wie Bärbel Bohley oder Rainer Eppelmann in der Gesellschaft unbekannt waren, trug dieses Gründungsfieber erheblich zur Mobilisierung der Gesellschaft bei. Denn die rasch aufeinander folgenden Nachrichten von immer neuen Aufrufen erweckten in der Öffentlichkeit den Anschein, dass an vielen Orten ganz unterschiedliche Personen völlig unabhängig voneinander nicht mehr schweigend der Krise

zuschauen wollten und andere Handlungsoptionen als die Flucht wählten. Das mobilisierte ungemein.

Die hohe Informationsdichte in den Westmedien trug entscheidend dazu bei, dass die Aufrufe bekannt wurden und sich bald jede befragen musste, wo sie eigentlich selbst stünde. Das hatte zur Folge, dass ab Mitte September die DDR von einer wochen-, ja monatelangen Flut von Aufrufen, Resolutionen, Offenen Briefen und bald auch immer wieder neuen Vereinsgründungen überzogen wurde. Mitte September begann «Zeit» in der DDR einen neuen Wert anzunehmen, was sich ab Mitte Oktober geradezu dramatisch verstärken sollte. «Zeit» war eine Sache, die es in der DDR zuhauf gab; die Zeit schien bis zum Sommer 1989 irgendwie stillgestanden zu haben. Nun auf einmal raste alles. Die Zeit überholte sich dauernd selbst, so schien es jedenfalls.

Die Gesellschaft war in Bewegung geraten, aber noch Mitte Oktober wagte sich nur eine kleine Minderheit auf die Straßen und in die Kirchen. Die Fernsehbilder aus Leipzig, Dresden und Ost-Berlin lügen nicht, aber sie suggerieren noch heute, alle seien «dabei» und «dafür» gewesen. So weit war es nicht, so weit kam es nie. Revolutionen sind niemals Angelegenheiten einer Mehrheit. Die Minderheit begehrt nicht nur gegen kleine Herrschaftsquellen, ihren Massenanhang und ihre Claqueure auf, sondern auch gegen die schweigende, passive Mehrheit. Wer sie für die eigene Angelegenheit mobilisieren kann, ist meistens siegreich.

Ab Anfang Oktober überschlugen sich die Entwicklungen. Kaum ein Tag verging, der nicht Unerhörtes, Ungewohntes, ja, Sensationelles zu vermelden hatte. Das halbe Land blickte seit 4. September montags nach Leipzig, am 25. September drängten sich 2000 bis 2500 Teilnehmer in die Nikolaikirche, die wegen Überfüllung geschlossen werden musste. Pfarrer Christoph Wonneberger hielt eine Predigt über Gewaltlosigkeit. Erstmals zogen 4000 bis 8000 Menschen über einen Teil des Leipziger Rings. Sie riefen «Freiheit», sangen die «Internationale» und skandierten «Neues Forum».

Am 30. September eilten Bundesaußenminister Genscher und Kanzleramtsminister Seiters abends nach Prag, wo vom Balkon der bundesdeutschen Botschaft der Bundesaußenminister seine berühmten Sätze zur bevorstehenden Ausreise sagte, die im Jubelgeschrei der Tausenden Flüchtlinge untergingen. Etwa 4700 Menschen verließen von Prag und rund 800 von Warschau aus die DDR.

Es ist viel darüber gerätselt worden, warum die SED-Spitze die Züge über DDR-Territorium fahren ließ. Zwei Gründe waren ausschlaggebend. Zum einen glaubte die SED, damit Stärke zu demonstrieren: DDR-Bürger werden aus der DDR-Staatsbürgerschaft in der DDR und nicht in einem Drittland entlassen. Wichtiger scheint der zweite, meist übersehene Aspekt: Weder SED noch MfS wussten genau, wer die insgesamt 5500 Menschen eigentlich waren. Deshalb versprachen sie, in

der DDR förmliche Ausbürgerungsdokumente auszuteilen. Sie unterließen dies, sammelten aber alle Personaldokumente ein und konnten so die Ausgereisten genau identifizieren. Zugleich gestatteten sie nahen Familienangehörigen die unverzügliche Nachreise in die Bundesrepublik, um so Druck abzulassen und nicht eventuell Gruppenproteste dieser Personen zu provozieren.

Am Montag, den 2. Oktober, richteten sich die Augen der Öffentlichkeit wieder nach Leipzig. Etwa eine halbe Stunde vor Beginn um 17.00 Uhr musste die Nikolaikirche wegen Überfüllung geschlossen werden. Erstmals öffnete eine zweite Kirche ihre Pforten. Tausende Menschen demonstrierten nach dem Gebet in der Innenstadt, die Angaben schwanken zwischen 8000 und 25.000. Am Abend des 3. Oktober hielten sich in der Prager Botschaft bereits wieder etwa 6000 und in der unmittelbaren Umgebung 2000 Menschen auf, außerdem waren 3000–4000 Menschen auf dem Weg nach Prag. Das SED-Politbüro entschied abermals, die Menschen in der Prager Botschaft über DDR-Gebiet in die Bundesrepublik ausreisen zu lassen. Die Grenze zur ČSSR wurde zugleich für Individualreisende geschlossen. Die Stimmung war enorm aufgeheizt. Als sich die Nachricht verbreitete, am 4. Oktober kämen neue Sonderzüge mit Flüchtlingen aus Prag, fanden sich 20.000 Menschen am Dresdner Hauptbahnhof ein. Es kam zu stundenlangen Schlachten, Zerstörungen, zum Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas. SED-Bezirkschef Modrow forderte polizeilich ausgebildete Sondereinheiten der NVA, alles Freiwillige übrigens, an. Der Öffentlichkeit war nicht bekannt, dass am Anfang des Jahres fünfzehn Hundertschaften aus der NVA mit Freiwilligen ausgegliedert und auf Polizeieinsätze im Inneren des Landes zur Niederschlagung eventueller Aufstände vorbereitet worden waren.

Dresden kam nicht mehr zur Ruhe, auch in den nächsten Tagen fanden Demonstrationen mit jeweils Tausenden Teilnehmern und gewalttätigen Auseinandersetzungen statt. Die insgesamt 19 Sonderzüge aus Prag mit 8012 Menschen erreichten unterdessen am 5. Oktober nach nervenaufreibenden Verspätungen, bedingt durch Gleisbesetzungen und die Dresdner Unruhen, die Bundesrepublik. 643 kamen erneut aus Warschau hinzu. Die Bilder glücklicher Gesichter gingen um die Welt.

Der letzte Republikgeburtstag

Wie sich die Lage am 7. Oktober, dem 40. Gründungstag der DDR, anfühlte, brachten chilenische Emigranten auf den Punkt: «Es werde die Auffassung vertreten, dass die Situation gefühlsmäßig so gespannt sei wie vor dem Putsch in Chile 1973.»^[6] In der Millionenstadt Ost-Berlin kamen zu den täglichen Veranstaltungen in mehreren Kirchen insgesamt nur zwischen 3.000 und

5.000 Menschen. Die Bilder aus Dresden und Leipzig mit zehntausenden Protestierenden spiegelten die tatsächliche Aktionsbereitschaft im Land nicht. In den allermeisten Städten fand bis zu diesem Zeitpunkt gar nichts statt. Am späten Nachmittag des 7. Oktober 1989 sammelten sich, beobachtet von zahlreichen westlichen Kamerateams und tausenden Sicherheitskräften, dutzende junge Männer und Frauen auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz, um wie an jedem 7. eines Monats – am 7. Mai hatten die Kommunalwahlen stattgefunden – gegen die Wahlfälschung zu protestieren. Gegen 17.20 Uhr zogen die Ersten in Richtung des nahe gelegenen «Palasts der Republik», wo sich die gesamte DDR-Führungsriege gerade zum Feiern aufhielt. Dem Demonstrationzug schlossen sich spontan Passanten an. Nach etwa einer Stunde drängten Einsatzkräfte die Menge in Richtung Prenzlauer Berg ab. Zur gleichen Zeit befanden sich dort in der Gethsemanekirche 2000 bis 3000 Menschen. Der Demonstrationzug mit insgesamt 6000 bis 7000 Menschen kam unterwegs mehrfach zum Stehen, immer wieder griffen Trupps in Uniform und Zivil Einzelne heraus. Währenddessen umstellten Polizisten, MfS-Kräfte und Kampfgruppen die Gethsemanekirche, bildeten mehrere Sperrketten und riegelten das Wohnquartier beinahe hermetisch ab. In den folgenden Stunden kam es zu zahlreichen Übergriffen auf Demonstranten wie Kirchenbesucher.

Im Gegensatz zu den Ereignissen in anderen Städten gingen die Fernsehbilder aus Ost-Berlin sofort um die Welt. Was hunderte Zugeführte nach ihrer Freilassung, meist innerhalb von 24 Stunden, berichteten, verschlug auch eifrigen SED-Anhängern die Sprache. Die physische und psychische Folter, die sie erlebten, ähnelte sich an den verschiedenen Zuführungspunkten so stark, dass kaum jemand an Zufälle glauben mochte. Auf die Frage, wohin sie gefahren werden, kam die Antwort der Polizisten: «Auf eine Müllkippe.»[7]

Ost-Berlin stand an diesem Tag im Mittelpunkt des Medieninteresses, oppositionelle Demonstrationen gab es aber auch in anderen Städten. Das eigentliche Erdbeben fand an diesem Tag in Plauen (76.000 Einwohner) statt. Hier beteiligten sich zwischen 10.000 und 20.000 Menschen an einer Gegendemonstration. Diese Stadt war im Oktober 1989 die erste, in der der Wille zur Revolution und zur deutschen Einheit schon am 7. Oktober massenhaft auf der Straße bekundet wurde. Hätte irgendein verantwortlicher Politiker in Ost oder West im Oktober auf Plauen geschaut und die Stadt als Abbild der DDR wahrgenommen, wäre er der Visionär gewesen, der gewusst hätte, wohin und wie schnell die Reise gehen würde. Plauen aber kam auf der politischen Landkarte nicht vor.

Am Montag, den 9. Oktober, herrschte eine unglaubliche Anspannung im gesamten Land. Es gab nur ein Thema: Kommt heute Abend in Leipzig die «chinesische Lösung» oder kommt sie nicht? Am 6. Oktober 1989 hatte ein

Kampfgruppenkommandeur in der «Leipziger Volkszeitung» verkündet: «Wir sind bereit und Willens, das von uns mit unserer Hände Arbeit Geschaffene wirksam zu schützen, um die konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand!» Die SED-Spitze schwieg, Egon Krenz als zuständiger Funktionär am lautesten. In vier Leipziger Kirchen hatten sich am Nachmittag Tausende Bürger zum Montagsgebet eingefunden. Als sie etwa eine Stunde später die Kirchen verließen, warteten draußen bis zu 70.000 Demonstranten. Die Leipziger Einsatzzentrale wartete unterdessen immer noch auf einen Befehl von Krenz. Zehntausende skandierten: «Wir sind das Volk!» Nur wenige wussten, dass sie damit eines der berühmtesten Gedichte der 1848er-Revolution – Ferdinand Freiligraths «Trotz alledem!» – zitierten. Kurz nach 18.35 Uhr entschieden Leipziger SED-Funktionäre, nicht einzugreifen. Um 19.15 Uhr rief Krenz in Leipzig an und segnete nachträglich diese Entscheidung ab.

Von diesem Tag an war klar, dass die Revolution von nun ab friedlich verlaufen würde. Am 17./18. Oktober folgten Honeckers erzwungener Rücktritt und die Inthronisierung von Krenz als dessen Nachfolger in allen Ämtern. Die Maueröffnung am 9. November war bereits in einem Planspiel im August 1989 erdacht worden: den Kessel kurzzeitig öffnen, um ihn dann wieder hermetisch abzuschließen. Nach dem 9. November gelang dies nicht mehr, obgleich auch noch solche Ideen erwogen wurden. Die Inszenierung der Maueröffnung durch Egon Krenz und Günter Schabowski war ein großes Schauspiel zweier politischer Dilettanten, die nicht einmal ansatzweise mit diesen Folgen gerechnet hatten.

Unmittelbare Folgen des Mauerfalls

Nach dem Mauerfall war das Schicksal von SED und DDR besiegelt. Im August 1989 hatte Otto Reinhold, Chef der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und einer der wichtigsten Theoretiker und Ideologen des Mauerstaates, zutreffend in einem Radiointerview gesagt, nur eine «sozialistische DDR» habe eine historische Existenzberechtigung. [8] Die DDR war nur als politische, ökonomische, gesellschaftliche Alternative zur Bundesrepublik denkbar. Nach dem 9. November 1989, so der Tenor auf den Straßen, sei es nur noch eine Frage der Zeit, bis die DDR und mit ihr die SED verschwunden seien. Die Menschen auf der Straße wie die Politiker in den Machtstuben dachten dabei in einem Zeitraum von mehreren Jahren: In seiner ersten Regierungserklärung am 19. April 1990 träumte Ministerpräsident de Maizière davon, dass 1992 zu den Olympischen Sommerspielen DDR und Bundesrepublik eine gesamtdeutsche Mannschaft entsenden. Ostdeutsche konnten